P.P. A 4144 Arlesheim

WOCHENBLATT

Diese Woche mit Beruf und Bildung

für das Birseck und Dorneck

Redaktion: Telefon 061 706 20 22, Fax 061 706 20 30 Inserate: Telefon 061 706 20 20, Fax 061 706 20 30 Amtliches Publikationsorga

«Schweizer Modell ist für EU vorbildlich»

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf sprach am Pfeffinger Forum über das Asyl- und Ausländergesetz

Die Justizministerin macht sich stark für die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung und wünscht sich eine Lastenteilung im Asylwesen mit der EU.

Lukas Hausendorf

«Fördern und Fordern» – Der Umgang mit Ausländern stellt die Schweiz vor grosse Herausforderungen, sagte Evelin Widmer-Schlumpf.

FOTO: EDMONDO SAVOLDELLI

Wohin führt der Weg in der Schweizer Asyl- und Ausländerpolitik, fragte am letzten Freitag das Pfeffinger Forum. Eine aktuelle Thematik, angesichts der seit 2008 wieder auf 17 500 angestiegenen Zahl der Asylgesuche. Die eine Antwort gebe es nicht, nahm Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf in ihrem Referat gleich vorweg. In einem historischen Abriss verortete sie Herkunft und Tradition des Schweizer Asylwesens. Ein wichtiger Meilenstein war 1988, als der Bund die Kompetenz erhielt, Asylsuchende national zu verteilen. Damals sei die Schweiz vor einer ähnlichen Problematik gestanden wie die EU heute. «Gewisse Länder wie Italien oder Zypern sind übermässig belastet», so die Bundesrätin. Das Schweizer Modell sei deshalb auch für die EU ein gangbarer Weg. Allerdings bleibt auch die Schweiz eine beliebte Destination für Flüchtlinge, was nicht zuletzt im administrativen Bereich Probleme zeitigt. «Wir müssen effizienter werden», forderte die Bundesrätin deshalb. Konkret sollen Verfahren beschleunigt, die Möglichkeit, Asylgesuche auf Botschaften zu stellen, abgeschafft und die Ablehnungsgründe mit Schengen-Dublin harmonisiert werden.

Kapital Ausländer

Wird die Schweiz wegen der Personenfreizügigkeit von Ausländern aus dem EU-Raum überflutet? Nein, die Zuwanderung habe sich verringert, so Widmer-Schlumpf. Trotzdem: «Die ausländische Wohnbevölkerung stellt uns vor grosse Herausforderungen.» Gerade im Bereich der Integrationsarbeit müsse mehr geschehen. Die öffentliche Hand und die Zivilgesellschaft seien gefordert. Mit dem neuen Ausländergesetz sind zwar 45 Integrationsmassnahmen definiert worden, dennoch muss in der Praxis der Paradigmenwechsel noch vollzogen werden. «Das sind Investitionen in die Zukunft», betonte Widmer-Schlumpf. Denn durch die alternde Bevölkerung stünden der Wirtschaft langfristig weniger Arbeitskräfte zur Verfügung. Zentral in der Integrationsarbeit müsse auch die Bekämpfung von Missbrauch sein, stellte sie klar. Missbräuche trübten unser Verhältnis zu Ausländern und leisteten Fremdenfeindlichkeit Vorschub. Dinge, die mit dem Schweizer Staat nicht vereinbar sind. «Wir sind ein liberaler Staat, das ist Verantwortung und Gratwanderung zugleich.» *Siehe auch S. 2.*

Kantone fordern mehr Ressourcen

Die Sicherheitsdirektoren der Nordwestschweizer Kantone bekunden Mühe mit langen Asylverfahren und wollen mehr Ressourcen in die Integration von Migranten investieren.

Lukas Hausendorf

Hochkarätiges Pfeffinger Podium mit den Regierungsräten (v. l.) Hanspeter Gass (BS), Peter Gomm (SO), Sabine Pegoraro (BL) und Urs Hofmann (AG). In der Mitte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf, rechts daneben Forumsleiter Paul Schär.

FOTO: EDMONDO SAVOLDELLI

Wie sieht die Praxis aus? Anlässlich des Apéros, der zu Ehren von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf im Vorfeld der Veranstaltung gegeben wurde, durfte man von Gemeindepräsidentin Maya Greuter erfahren, dass man in Pfeffingen noch nie Probleme mit Asylbewerbern gehabt habe. Auf der kantonalen Ebene ist die Realität eine andere. Davon wussten die Sicherheits- und Justizdirektoren der Nordwestschweizer Kantone Basel-Stadt, Baselland, Solothurn und Aargau an der Podiumsdiskussion des Pfeffinger Forums zu berichten. Asylgesuch abgelehnt, Gesuchsteller kriminell in Erscheinung getreten, Ausschaffungshaft und am Ende doch die Freiheit. Ein Szenario, wie es die Baselbieter Justizdirektorin Sabine Pegoraro skizzierte, das in der Praxis immer wieder anzutreffen ist und den Behörden Mühe bereitet. Wenn Asylgesuchsteller nicht kooperieren, ihre Herkunft «vergessen» und keine Papiere vorhanden sind, fehlt den Behörden oft jegliche Handhabe. Landen Gesuche beim Bundesverwaltungsgericht, können wiederum Jahre verstreichen. «Am Ende werden sie zu Härtefällen und wir beginnen wieder von vorne», klagt auch ihr Basler Kollege Hanspeter Gass. Gleichzeitig lobten die Regierungsräte auch Fortschritte, die mit Schengen-Dublin und internationaler Kooperation in den letzten Jahren erzielt wurden. Etwa, dass Gesuchsteller, die bereits andernorts im Schengen-Raum aktiv wurden, aus der Schweiz zurückgeführt werden können. Von 4500 solcher Fälle konnten bereits 3400 zurückgeführt werden, informierte Bundesrätin Widmer-Schlumpf und stellte zufrieden fest: «Es funktioniert.»

Gleichzeitig erntete sie auch Kritik für die Verkürzung der Beschwerdefrist für abgewiesene Asylgesuche. Damit will der Bund eine Verkürzung der Verfahren erwirken. «Augenwischerei» sei das, befand der Aargauer Justizdirektor Urs Hofmann. «Wenn die Gerichte trotzdem so lange brauchen, nützt das doch nichts», hielt er ihr vor. Lieber solle man den Gerichten mehr Ressourcen geben. Ein Wunsch, dessen Erfüllung die Bundesrätin in Aussicht stellte.

«Investieren statt reparieren»

Das zentrale Dossier in der Ausländerpolitik ist die Integration, betonten die Podiumsteilnehmer. Das zeigt sich auch quantitativ, sind doch 98 Prozent der ausländischen Bevölkerung Einwanderer und keine Flüchtlinge. «Hier braucht es mehr Ressourcen», so der Solothurner Justizdirektor Peter Gomm. Da seien auch die Gemeinden in der Pflicht, betonte sein Aargauer Kollege Hofmann. Gleichzeitig müssten aber auch die Migranten in die Pflicht genommen werden. Integrationsvereinbarungen, wie diese in den beiden Basel angewendet werden, haben Vorbildcharakter. Das neue Dogma der Integrationspolitik lautet «fordern und fördern». Hanspeter Gass übersetzte das als «investieren statt reparieren», womit er vor den Folgekosten einer verpassten Integration warnte. Man müsse die Leute möglichst früh abholen, damit Defizite früh erkannt werden, forderte er. Gass trat auch für eine Versachlichung der Debatte ein. Ein Wunsch, der ihm zumindest am Pfeffinger Forum gewährt wurde. Die Diskussion verlief sachlich und freundlich.